66. Jahrgang. № 68. Donnerstag, 9. Februar 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Für Feinschmecker
Lobeck's Dreixing-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1838. • 15 mal prämiiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M. | Anzeigen-Preise. Die 15spalt. 37 mm breite Zeile 4 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unt. Stellen- u. Wohnungsmarkt, 15spalt. An- u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahl. — Einzelnummer 70 Pf.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Noch kein geregelter Zugsverkehr.

Der Bericht des Reichsverkehrsministeriums

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 8. Febr. Wie das Reichsverkehrsministerium in seinem Abendbericht mitteilt, macht sich die Rückkehr der Beamten zu ihrem Dienst in steigendem Maße bemerkbar. Schwer gelitten hat durch den starken Frost der Streiktage der Zustand der Lokomotiven, so daß eine große Anzahl Lokomotiven in der nächsten Zeit noch nicht betriebsfähig ist. Der dadurch entstandene Schaden ist auf mehrere 100 Millionen Mark zu bemessen. In den letzten Tagen ist es gelungen, den Notbetrieb bedeutend auszubauen, so daß in vielen Eisenbahndirektionsbezirken über 25 Prozent aller Personenzüge fahren werden. Im Güterverkehr ist fast durchweg ein Durchschnitt von 10 Prozent der Zugzahlen erreicht. In einzelnen Bezirken konnten sogar über 30 Prozent der Güterzüge gefahren werden. Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle ist die Arbeit bereits, in Dessau, Cottbus, Wittenberg, Leutzsch und Skeuditz von den Streikenden wieder voll aufgenommen worden. Im Bezirk Breslau sind bereits 16 Dienstkohlenzüge heute gefahren worden.

Noch unregelmäßiger Dienst in Berlin.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 8. Febr. Auf den Berliner Bahnhöfen haben die Eisenbahnbeamten im Laufe des heutigen Tages ihren Dienst nur in sehr geringem Umfange aufgenommen. Auf vielen Bahnhöfen versammelten sich ausständige Beamte und hielten zunächst Versammlungen ab, in denen Beauftragte der Reichsgewerkschaft sprachen. Die Versammlungen waren notwendig geworden, weil die amtliche Meldung vom Abbruch des Streiks der Eisenbahnbeamten zum Teil überrascht hatte. Die Eisenbahndirektion Berlin hat zur Vorsicht die Technische Nothilfe vorläufig noch um Ueberlassung der technischen Hilfskräfte gebeten. Man will die Nothilfe auch vor allen Dingen zur Wiederinstandsetzung der Bahnhofssignalanlagen usw. heranziehen, um den fahrplanmäßigen Verkehr sobald als möglich eröffnen zu können. Für die nächsten Tage muß noch ein besonderer Dienstplan für die Beamten geschaffen werden, da durch den Streik der geregelte Dienstbetrieb vollständig umgestoßen worden ist.

Regelmäßiger Betrieb kaum vor Ende der Woche.

Bis zur restlosen Aufnahme des Dienstes durch die ausständigen Beamten wird ein Notbetrieb aufrecht erhalten. Es ist kaum damit zu rechnen, daß vor Ende der Woche wieder ein regelmäßiger Personen- und Güterverkehr im Reiche besteht. Mit Hilfe der Werkstättenarbeiter müssen sämtliche Weichen, die zum Teil vereist sind, aufgetaut und von dem angesammelten Schlamm gereinigt werden. Die Rangierbahnhöfe, die in den letzten Tagen stark vereist sind, müssen freigemacht und die einzelnen Stellwerke neu besetzt werden. Die ursprüngliche Abmachung, daß nur Mitglieder der Fachgewerkschaften und des Hauptausschusses dem Aktionsausschuß angehören dürften, ist zum Schaden der Eisenbahnen durchbrochen worden, und es haben dort Leute Sitz und Stimme erhalten, die mit der kommunistischen Parteiengste Fühlung hielten und die bemüht sind, die Interessen ihrer politischen Auftraggeber zu vertreten.

Ein neues Eisenbahnunglück.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 8. Febr. Ein schwerer Zusammenstoß zweier Güterzüge ereignete sich heute abend auf dem Güterbahnhof Moabit. Ein Güterzug fuhr mit voller Kraft auf einen gerade abfahrenden und ihm entgegenfahrenden Güterzug auf. Die meisten Wagen der beiden Züge wurden zum Teil ineinandergeschoben, zum Teil stürzten sie um. Das Personal der beiden Züge, das größtenteils aus Nothelfern bestand, wurde unter den Wagentrümmern begraben und eingequetscht. Die Zahl der Verunglückten ist bis jetzt noch nicht bekannt. Es konnten bisher sieben, zum Teil lebensgefährlich Verletzte geborgen werden. Man befürchtet, daß sich in dem einen Güterzug auch Fahrgäste befanden, die während des Eisenbahnerstreiks diese Fahrmöglichkeit benutzen wollten. Die Rettungsarbeiten wurden durch die Dunkelheit und den starken Frost sehr erschwert. Die Hauptursache des Unglücks ist die fehlende Bedienung der Signalanlagen, doch soll auch der als Nothelfer tätige Lokomotivführer entgegen den ihm gegebenen Anweisungen zu schnell gefahren sein. Nach einer weiteren Meldung sind zwei Personen getötet und vier schwer verletzt worden.

Die Richtlinien für das Disziplinarverfahren.

Berlin, 8. Febr. Wie das „B. T." zur Frage der Strafverfolgung gegen streikende Beamte berichtet, dürften die bereits vorbereitenden Disziplinarverfahren gegen die Streikführer nunmehr zur Ausführung gelangen. Die Reichsregierung wird voraussichtlich heute noch eine Kabinettssitzung abhalten, um die von ihr der Reichsgewerkschaft zugesagten Richtlinien, nach denen die Bestrafung der Streikenden erfolgen soll, festzulegen. **Diese Richtlinien dürften im allgemeinen von drei Gesichtspunkten beeinflußt werden. Danach werden wahrscheinlich die unkündbaren Beamten ein Disziplinarverfahren zu erwarten haben, die mit Kündigung verpflichteten gekündigt werden, sofern diese beiden Kategorien offensichtlich gegen die Verordnung des Reichspräsidenten verstoßen haben, sei es durch Sabotageakte, Gefährdung der Betriebe oder ähnliches. Die Beamten, die lediglich ihre Arbeit verweigerten, ohne sonst irgendwie in der Bewegung hervorgetreten zu sein, dürften als Mitläufer behandelt und eine besondere Strafe voraussichtlich nicht zu erwarten haben.**

Berlin, 8. Febr. Die meisten Reichstagsfraktionen traten heute vormittag zu Sitzungen zusammen, um zum Eisenbahnerstreik und zu den etwaigen disziplinarischen Folgen Stellung zu nehmen. Die Deutsche Volkspartei verurteilte das Verhalten der Reichsregierung und wird, wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, dagegen in der morgigen Plenarsitzung entschieden Stellung nehmen, sowohl aus politischen Gründen als auch, weil sie in dem Verhalten der Regierung eine grobe Verletzung des Disziplinarrechtes erblickt. Als Sprecher der Deutschen Volkspartei ist der Abg. Scholz ausersehen. Auch in Gewerkschaftskreisen des Zentrums ist man mit dem Verhalten des Reichskanzlers im Eisenbahnerstreik durchaus nicht einverstanden.

Verlängerung der Frist für Wiederaufnahme des Dienstes.

Berlin, 8. Febr. **Nach einer Bekanntmachung der Eisenbahndirektion Berlin ist die Zeit für die Wiederaufnahme des Dienstes bis Donnerstag, den 9. d. M., verlängert worden.** (W. T. B.)

Die Gegensätze in der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten.

Krise im Vorstand. — Die Verfahren gegen die Führer.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 8. Febr. Heute vormittag fand eine neue Besprechung zwischen den Beauftragten der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und der Regierung statt, in der über die Ausführungsbestimmungen der Einigung noch besonders verhandelt wurde. An diesen Besprechungen nahmen auch die Minister Hermes und Groener teil. **Es ist zu erwarten, daß in kurzem in der Reichsgewerkschaft nicht unwesentliche Veränderungen eintreten werden. Einer der jetzigen Führer, der Lokomotivführer Scharfschwerdt, ist bereits aus dem Dienst entlassen, kann also als Beamtenvertreter nicht mehr fungieren, und gegen andere Mitglieder des bisherigen Aktionsausschusses schweben Disziplinarverfahren, bis zu deren Beendigung ein Verkehr dieser Beamten mit dem Reichsverkehrsministerium oder anderen Behörden unmöglich ist. Die Gegensätze haben sich in der Eisenbahnergewerkschaft derart zugespitzt, daß ein Zusammenarbeiten des bisherigen Vorstandes nicht mehr möglich erscheint.**

Das Anlehnungsbedürfnis der S. P. D. nach links.

Breslau, 8. Febr. Der sozialdemokratische Reichstagspräsident Loebe schreibt in der Breslauer „Volkswacht" „zu den Angriffen auf die Deutsche Volkspartei wegen ihres Verhaltens bei der Ernennung Rathenaus zum Außenminister, die Sozialdemokratie werde jetzt den neuen Versuch machen müssen, eine Steuermehrheit nach links hin zu gewinnen.

Abbruch des Streiks der Berliner städtischen Arbeiter.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 8. Febr. An der zweiten Urabstimmung der Berliner städtischen Arbeiter, deren bisheriges Ergebnis eine Mehrheit für die Fortsetzung des Streiks ergab, haben sich diesmal nur etwa 60 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt. Hätten die restlichen 40 Prozent der Arbeiter ebenfalls gestimmt, so wäre eine Zweidrittelmehrheit für den Streik wohl kaum zustande gekommen. Angesichts der recht geringen Teilnahme hat auch die Obleuteversammlung, die heute nachmittag tagte, beschlossen, einen Einigungsversuch mit dem Magistrat zu unternehmen. Zu dieser Maßnahme trug auch wesentlich die Haltung der Gewerkschaften bei, deren Vertreter in der Versammlung, allerdings unter dem lebhaften Widerstand der Kommunisten, auf die Haltung der Spitzenorganisationen hinwiesen und zum Frieden riefen. Nach stundenlangen Debatten stimmte die Mehrheit dem Vorschlag zu, zwei Vertreter der Streikleitung zum Oberbürgermeister zu entsenden, um ihm einen Einigungsvorschlag zu unterbreiten.

Heute nachmittag gegen 4 Uhr erschien die Streikleitung mit den Spitzenorganisationen der städtischen Arbeiterschaft beim Oberbürgermeister, um von ihm die Erklärung zu erlangen, daß sämtliche Entlassene wieder einzustellen seien, sofern sie sich morgen zur Wiederaufnahme der Arbeit melden. Diesem Vorschlag konnte nicht entsprochen werden. Der Oberbürgermeister erklärte, der Magistrat müsse dabei verharren, daß alle diejenigen nunmehr entlassen seien, die am Dienstag nachmittag 2 Uhr die Arbeit nicht aufgenommen haben. Wiedereingestellt könnten nur solche Kräfte werden, deren Arbeitsstellen inzwischen nicht besetzt oder für die ein Bedürfnis nicht vorhanden sei. Der Magistrat würde im übrigen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, solchen entlassenen Arbeitern, die zur Wiedereinstellung kommen, keine Rechte kürzen, die sie aus ihrem vor der Entlassung liegenden Arbeitsverhältnis erworben haben. Der Oberbürgermeister wies schließlich die Erschienenen wiederholt darauf hin, daß der Magistrat fest bei seiner bisherigen Haltung verbleiben werde. Er gab nochmals zu bedenken, daß, je länger der jetzige Zustand bestehen bleibe, desto mehr sich die Zahl der Neueinstellungen ergebe.

Um 8 Uhr abends wurde bekannt, daß die Streikleitung und die Obleute beschlossen haben, den Streik abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Magistrat wird sich morgen in einer außerordentlichen Sitzung mit den erforderlichen Maßnahmen beschäftigen. (W. T. B.)

Die Befreiung vom Alpdruck des Ausstandes.

Schwer ist es, die Gefühle zu schildern, die den deutschen Zeitungsleser bewegten, als er gestern, Mittwoch, morgen sein Blatt zur Hand nahm und die freudige Botschaft erfuhr, daß der Streik der Eisenbahner, der das ganze wirtschaftliche Leben bis in die Grundfesten erschüttert hatte, beendet war. An der allgemeinen Erleichterung, die mit dieser Nachricht verknüpft war, läßt sich erst recht die Größe und Schwere des dumpfen lähmenden Druckes ermessen, der sich angesichts des fürchterlichen, durch den Streik geschaffenen und durch den strengen Winter noch wesentlich verschärften Notstandes über die deutsche Oeffentlichkeit gelagert hatte. Es war wie ein böser Nachtmahr gewesen, der sich auf die Brust des deutschen Volkes gesetzt hatte und schwere Angst- und Beklemmungserscheinungen hervorrief, so daß alles wie erlöst und befreit aufatmete, als das Ende der Katastrophe noch rascher, als man vielfach zu hoffen gewagt hatte, da war. Freilich steht hinter der ganzen Lage noch immer die Sorge. Stillegen läßt sich wohl durch einen gewaltsamen Streikbeschluß der gesamte Verkehr, aber nicht ebenso leicht ist es, ihn wieder in regelrechten Gang zu setzen. Das kann nicht mit einem Schlage geschehen, sondern erfordert einen gewaltigen Aufwand an zielbewußter und hingebender Arbeit, und selbst wenn diese in vollem Umfange geleistet wird, bedarf es doch mehrerer Tage, bis der ganze verwickelte Verkehrsapparat wieder ordnungsmäßig funktioniert, und bis es insbesondere im Güterverkehr gelingt, die aufgestauten Wagenmassen, die schon vor dem Streik kaum zu bewältigen waren und jetzt einen sehr erdrückenden Umfang angenommen haben, zu entwirren und sie planmäßig und auf kürzestem Wege dorthin zu leiten, wo die Not am größten ist. Noch verhältnismäßig lange Zeit werden sich so die Wirkungen des Streiks fühlbar machen, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Kohlenversorgung, und gerade hier handelt es sich um eine besonders empfindliche Seite des wirtschaftlichen Lebens, sowohl für die Industrie wie für den Hausbrand. Die ungezählten deutschen Staatsbürger, die in ihren Wohnungen bei der erbarmungslosen Kälte dieses Winters in ungenügend erwärmten Zimmern über die Annehmlichkeiten des jetzigen Daseins nachzudenken gezwungen sind, werden sich mit begreiflicher Bitterkeit die Frage vorlegen: „War denn das alles nötig? Gab es für die Lokomotivführer, von denen die Bewegung ausging, wirklich keinen anderen Weg, um ihren sachlich berechtigten Forderungen zur Befriedigung zu verhelfen?" Die Frage stellen, heißt sie beantworten: Gewiß gab es einen anderen Weg, bei dem die Gesamtheit nicht zu Schaden gekommen wäre. Die Lokomotivführer brauchten sich lediglich ihres starken parteipolitischen Einflusses zu bedienen, um durch das Parlament energisch auf die Regierung einzuwirken, und sie hätten dann das Gleiche erreicht, was sie jetzt als mit Gewalt unter schwerster Schädigung des Allgemeinwohls erzwungen doch nur mit sehr gemischten Gefühlen entgegennehmen können. Die deutschen Lokomotivführer, die bisher wegen ihrer besonderen Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit vorbildlich dastanden und durch ihre hohen Leistungen 1870/71 sowie im Weltkriege Ruhm geerntet und den Dank der Nation verdient haben, werden lange Zeit brauchen, ehe der Eindruck ihres jetzigen Vorgehens im Publikum verwischt ist. Es lag bislang ein gewisser romantischer Schimmer über dem deutschen Lokomotivführerstand. In einem deutschen Lokomotivführer verkörperte sich das Ideal, das Zola in seinem Roman „Die menschliche Bestie" schildert, in Gestalt eines Führers, der so sehr an seiner Maschine hängt, daß er ihr sein ganzes Dichten und Trachten widmet und schließlich Gewissensbisse über seine Untreue empfindet, als er seine Neigung einer Geliebten von Fleisch und Blut zuwendet. Ein deutscher Lokomotivführer stand in der Schätzung der öffentlichen Meinung so hoch, wie ein Kapitän eines Ueberseedampfers, der mit seinem Schiffe so verwachsen ist, daß er es nicht eher als im allerletzten Augenblick der höchsten Not verläßt, wenn er es nicht vorzieht, sich mit ihm zusammen von den Fluten begraben zu lassen. Und ein so hochgeschätzter Berufsstand konnte der Nation um einer Lohnfrage willen, die sich anderweitig regeln ließ und auf jeden Fall anderweitig geregelt werden muß, solche tiefen Wunden schlagen! Das ist die schlimmste, am stärksten in das Empfindungsleben eingreifende Erfahrung, die dieser unselige Streik im Gefolge gehabt hat. Das eine freilich gebietet die Gerechtigkeit unbedingt zu sagen, daß auch die Regierung an der Zuspitzung des Konfliktes einen starken Anteil von Schuld trägt, weil sie viel zu lange gezaudert hat, Forderungen der Lokomotivführer, soweit sie berechtigt sind, zu erfüllen. Ein Stand, der eine so hohe Verantwortung trägt, durfte überhaupt nicht in einen solchen Grad von Erbitterung hineingetrieben werden, sondern mußte rechtzeitig, sobald er seine Beschwerden geltend gemacht hatte, auf einen solchen Besoldungsstand hinaufgesetzt werden, daß er im Rahmen der sonstigen Regelung der Gehälter sich zufriedengeben konnte. Hier hat die Regierung eine schwere Versäumnis begangen und sie muß es sich nun angelegen sein lassen, den Lokomotivführern unverzüglich alle Bezüge zu gewähren, auf die sie nach der Größe ihrer Verantwortung und nach ihrer an bester Tradition reichen Vergangenheit vollen Anspruch erheben dürfen.

Scharf dem allgemeinen Bewußtsein einprägen werden sich auch die moralischen Ausschreitungen eines alles Maß überfteigenden Egoismus, die sich bei den Auswirkungen des Streiks auf weitere Kreise ergeben haben. Das gilt